

## 2. Internationaler Handel

Antoine Brawand

---



**Electronic version**

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/783>  
ISSN: 1663-9677

**Publisher**

Institut de hautes études internationales et du développement

**Printed version**

Date of publication: 1 avril 2000  
Number of pages: 153-176  
ISSN: 1660-5926

**Electronic reference**

Antoine Brawand, « 2. Internationaler Handel », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 19 | 2000, Online erschienen am: 28 August 2012, abgerufen am 03 Mai 2019. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/783>

---

## 2. INTERNATIONALER HANDEL\*

**D**IE FINANZKRISE IN ASIEN führte im Jahr 1998 eine allgemeine Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit und des Handels herbei. Die Exportländer von Rohstoffen wurden am heftigsten getroffen. Seit 1999 profitiert die Weltwirtschaft jedoch vom Aufschwung in Südostasien.

Zwei Hauptereignisse prägten die Arbeit der WTO: der Wechsel des Generaldirektors nach langwierigen Verhandlungen und das Scheitern der Ministerkonferenz von Seattle, die das Programm einer neuen multilateralen Verhandlungsrunde hätte verabschieden sollen. Die Schweiz hatte ein breites und kompromissförderliches Programm befürwortet. Die Blockade in Seattle wird zwar die Lancierung der seit langem geplanten Verhandlungen zur Landwirtschaft und zu den Dienstleistungen nicht verhindern, aber doch erschweren.

In dieser konfliktbeladenen Atmosphäre bereitete die UNCTAD ihre 10. Vierjahrestagung in Bangkok vor, die den Partnern eine Gelegenheit zum Dialog bietet.

### 2.1. ENTWICKLUNG DES INTERNATIONALEN HANDELS 1998

#### □ Volumenmässiger Anstieg der Produktion und der weltweiten Warenexporte

1998 nahm die weltweite Warenproduktion real um 1,5% zu. Mit einem Rückgang um 3% gegenüber dem Vorjahr markiert diese Zahl eine Verlangsamung der Wirtschaftsexpansion (siehe Tabelle 10). Die WTO führt die Abschwächung auf die Finanzkrise in Asien zurück, deren Folgen weltweit zeitlich etwas versetzt zu spüren waren. Im Welthandel äusserte sich die Dämpfung durch den Fall der Wachstumsrate der volumenmässigen Warenexporte von 10,5% im Jahr 1997 auf 4% 1998. Der Rückgang folgte auf vier Jahre raschen Wachstums. Die WTO verweist indessen auf Parallelen zu den Ergebnissen der Vorjahre: Das Wachstum des Welthandels liegt erneut über jenem der Produktion. Die Warenexporte sind gemessen an 1990 um durchschnittlich 6,5% pro Jahr angestiegen, während die Produktion nur um 2% zugelegt hat. Demzufolge hat sich der Anteil des Handels an der weltweiten Wirtschaft weiterhin ausgedehnt<sup>1</sup>.

**Tabelle 10: Volumenmässiger Anstieg der Weltwarenproduktion\* und der Weltwarenexporte 1990–1998 (jährliche Variationen in Prozenten)**

	1990–98	1996	1997	1998
Warenproduktion	2.0	3.0	4.5	1.5
Warenexporte	6.5	6.0	10.5	4.0

Quelle: WTO, *Rapport annuel 1999*, Band I, Tabelle II.1.

\* Die weltweite Warenproduktion umfasst weder das Baugewerbe noch die Dienstleistungen. Insofern unterscheidet sich das Aggregat vom BIP.

\* Von Antoine Brawand, Lehrbeauftragter am IUED.

1. WTO, *Rapport annuel 1999*, Band I, S.10–12.

1999 führte das Wirtschaftswachstum in Südostasien und die anhaltende Expansion in den Vereinigten Staaten zu einer Zunahme der Wachstumsraten der Weltproduktion. Laut der WTO ermöglichte die Anwendung der multilateralen Regeln, die Marktöffnung beizubehalten und so entscheidend zum Wiederaufschwung beizutragen.<sup>2</sup>

#### □ *Internationaler Handel mit Waren und kommerziellen Dienstleistungen*

Der Wert der internationalen Warenexporte betrug 1998 5270 Milliarden Dollar, d.h. 2% weniger als 1997 (siehe Tabelle 11). Laut dem WTO-Bericht geht der Rückgang auf die sinkenden Durchschnittspreise (rund 6%) zurück, welche sich hauptsächlich aus dem Kursverfall der Grundprodukte (vor allem Erdöl) sowie aus der anhaltenden Aufwertung des Dollars bis zur Jahresmitte erklären<sup>3</sup>.

1998 verharrten die weltweiten wertmässigen Exporte von kommerziellen Dienstleistungen auf dem Stand des Vorjahres bei rund 1300 Milliarden Dollar. Gemäss den von der WTO erhobenen Daten verzeichneten die durchschnittlichen Dienstleistungspreise nur geringfügige Schwankungen. Die Verringerung der Transportkosten wurde durch einen mässigen Anstieg in anderen Dienstleistungssektoren aufgewogen. Demzufolge blieb das Handelsvolumen der kommerziellen Dienstleistungen im Gegensatz zu jenem des Handels mit industriellen Erzeugnissen<sup>4</sup> (welches wie oben erwähnt um 4% zunahm) unverändert. Gemessen an 1990 legten die wertmässigen Dienstleistungsexporte jährlich um 7% zu, also etwas mehr als die Warenexporte.

**Tabelle 11: Wertmässiger Anstieg der weltweiten Exporte von Waren und kommerziellen Dienstleistungen (in Milliarden Dollar und Prozenten)\***

	Wert	Jährliche Änderungen			
	(in Mia. \$)	(in Prozenten)			
	1998	1990-98	1996	1997	1998
Waren	5270	6.0	5.5	3.5	-2.0
Kommerzielle Dienstleistungen	1320	7.0	7.0	4.0	0.0

Quelle: WTO, *Rapport annuel 1999*, Band I, Tabellen II.2 und II.5.

\* Die Angaben über die Exporte von kommerziellen Dienstleistungen und über die Warenexporte sind nicht direkt miteinander vergleichbar, hauptsächlich weil sich erstere aus den Zahlungsbilanzstatistiken und letztere aus den Zollstatistiken ergeben.

#### □ *Internationaler Warenhandel nach Regionen*

In den von der Finanzkrise am stärksten betroffenen asiatischen Ländern (Korea, Indonesien, Malaysia, Philippinen und Thailand) schrumpfte das Importvolumen 1998 um über ein Fünftel, während das Exportvolumen um 10% zulegte. In Japan gingen die Importe um 5,5%, die Exporte um 1,5% zurück<sup>5</sup>.

Die wertmässigen Änderungen wurden durch die Preiseinbrüche entweder verschärft oder aber, je nach Fall, abgeschwächt (siehe Tabelle 12). Die Importe der von der Krise am stärksten getroffenen asiatischen Länder sanken um 31%, die Exporte um 4% (trotz einer volumenmässigen Zunahme der Exporte um 10%).

2. *Communiqué de presse*, 17. November 1999, S. 1 und 5; *WTO Focus*, November 1999, S. 5-6.

3. *WTO, Rapport annuel 1999*, Band I, S. 8, 10 und 12.

4. *Idem*, S. 12.

5. *Ibid.*, Tabelle II.3.

Der Wert der japanischen Einfuhren verringerte sich um 17 %, jener der Ausfuhren um 8 %. Die erdölproduzierenden Länder, vor allem jene des Mittleren Ostens und Afrikas, verzeichneten Einbussen bei den Exporterlösen (-22% bzw. -31%).<sup>6</sup>

**Tabelle 12: Wertmässiges Wachstum des internationalen Warenhandels nach Regionen 1990-1998 (in Milliarden Dollar und Prozenten)**

Exporte (f.o.b.) <sup>a</sup>				Importe (c.i.f.) <sup>b</sup>		
Wert	%	%		Wert	%	%
1998	1990-98	1998		1998	1990-98	1998
<b>5270</b>	<b>5.7</b>	<b>-1.9</b>	<b>Ganze Welt</b>	<b>5465</b>	<b>5.9</b>	<b>-1.3</b>
897	7.0	-0.7	Nordamerika <sup>c</sup>	1152	7.6	4.6
276	8.3	-1.5	Lateinamerika	340	13.7	5.1
2348	4.6	2.9	Westeuropa <sup>d</sup>	2367	4.2	4.9
214	7.1	-4.7	Volkswirtschaften im Übergang <sup>e</sup>	242	6.2	-1.8
107	0.5	-15.2	Afrika	134	4.7	2.6
137	0.3	-22.2	Mittlerer Osten	144	4.7	-4.6
1293	7.2	-6.2	Asien	1086	5.5	-17.8
388	3.8	-7.8	Japan	280	2.2	-17.2
184	14.5	0.5	China	140	12.8	-1.5
337	10.5	-3.9	Von der Finanzkrise am stärksten betroffene Länder <sup>f</sup>	254	5.3	-30.8

Quelle: WTO, *Rapport annuel 1999*, Band I, Tabelle II.4.

<sup>a</sup> f.o.b.: free on board = Frei an Bord.

<sup>b</sup> c.i.f.: cost, insurance, freight = (Verlade-)Kosten, Versicherung, Fracht.

<sup>c</sup> Kanada und Vereinigte Staaten.

<sup>d</sup> Die Länder der Europäischen Union erzielten Exporte von 2181 Milliarden Dollar und Importe von 2172 Milliarden Dollar. Ohne Berücksichtigung des innergemeinschaftlichen Handels betragen die Exporte der Europäischen Union 813 Milliarden Dollar, die Importe 801 Milliarden Dollar.

<sup>e</sup> Mittel- und Osteuropa, Baltische Republiken und Gemeinschaft unabhängiger Staaten.

<sup>f</sup> Korea, Indonesien, Malaysia, Philippinen und Thailand.

### □ Weltweiter Warenhandel nach Produkten

Der wertmässige Rückgang des weltweiten Warenhandels um 2 % im Jahr 1998 ist den sinkenden Exporten von Grundprodukten zuzuschreiben. Aus Tabelle 13 ist eine Abnahme der Brennstoffexporte um 25 % und der landwirtschaftlichen Rohstoffe um 10 % abzulesen. Die wertmässigen Baissen ergaben sich aus Preiseinbrüchen als Folge des steigenden Angebots und der sinkenden Nachfrage auf den Weltmärkten. Wie oben erwähnt, erklärt sich die den Entwicklungsländern abträgliche Entwicklung aus der Verlangsamung der Wirtschaftsexpansion, welche durch die Asienkrise verursacht wurde.

Im gleichen Zeitraum ist der Wert der Fertigwarenexporte leicht angestiegen. Die stärkste Zunahme wurde bei den Ausfuhren von Transportmaschinen und -material, vor allem bei Produkten der Automobilindustrie, verzeichnet. Dagegen bildeten sich die Exporte von Textilien und Bekleidung sowie von Eisen und Stahl zurück. Auch hier handelt es sich weitgehend um Exportgüter aus Entwicklungsländern.

Die Exportentwicklung von 1998 markierte einen Bruch mit den seit 1990 verzeichneten Zuwachsraten. Allerdings war die Expansion durch ein Wachstums-

6. Wichtigste afrikanische Exporteure von Brennstoffen: Angola, Kongo, Gabun, Libyen und Nigeria.

gefälle gekennzeichnet: Die Ausfuhren von Fertigwaren hatten um 7%, jene der Landwirtschaftsgüter jedoch lediglich um 4% zugelegt, während die Exporte der Gewinnungsindustrien (vor allem Erdöl) stagnierten.

**Tabelle 13: Wertmässiges Wachstum des internationalen Warenhandels nach Produktgruppen, 1990-98 (in Milliarden Dollar und in Prozenten)**

	Wert		Anteil		Jährliche Änderungen	
	1998	1990	1998	1990-98	1998	
<b>Total Produkte*</b>	<b>5270</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>6</b>	<b>-2</b>	
Landwirtschaftliche Produkte	553	12.2	10.5	4	-5	
<i>Nahrungsmittel</i>	443	9.3	8.4	4	-4	
<i>Rohstoffe</i>	110	2.9	2.1	1	-10	
Produkte der Gewinnungsindustrien	502	14.3	9.5	0	-20	
<i>Mineralien und sonstige Erze</i>	58	1.6	1.1	1	-9	
<i>Brennstoffe</i>	344	10.5	6.5	0	-25	
<i>Nichteisenmetalle</i>	100	2.1	1.9	4	-7	
Fabrikate	4010	70.6	76.1	7	1	
<i>Eisen und Stahl</i>	141	3.1	2.7	4	-2	
<i>Chemische Produkte</i>	503	8.7	9.5	7	0	
<i>Sonstige Halbfabrikate</i>	399	7.8	7.6	5	-1	
<i>Transportmaschinen und -material</i>	2166	35.8	41.1	8	2	
<i>Textilien</i>	151	3.1	2.9	5	-5	
<i>Bekleidung</i>	180	3.2	3.4	7	-1	
<i>Sonstige Verbrauchsgüter</i>	471	8.9	8.9	6	0	

Quelle: WTO, *Rapport annuel 1999*, Band II, Tabelle IV.1.

\* Einschliesslich nicht spezifizierter Produkte (4% des Totals von 1998).

Demzufolge macht der Anteil der Fertigwaren heute über drei Viertel der weltweiten Exporte aus, während der Anteil der Landwirtschaftsprodukte und der Gewinnungsindustrien auf je einen Zehntel geschrumpft ist.

## 2.2. LAUFENDE TÄTIGKEITEN DER WELTHANDELSORGANISATION (WTO)

### □ *Ziele, Aufgaben und Haushalt der WTO*<sup>7</sup>

Die WTO stellt die rechtliche und institutionelle Grundlage des multilateralen Handelssystems dar. Sie legt die hauptsächlichen Vertragspflichten fest, nach denen die Regierungen ihre nationalen Handelsgesetze und -regelungen erarbeiten und umsetzen. Ausserdem bildet sie eine Plattform für die Entwicklung der Handelsbeziehungen unter den Ländern im Rahmen von Verhandlungen, Beschlüssen und gemeinsamen Diskussionen.

Die WTO leistet im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Verwaltung und Umsetzung der multilateralen und plurilateralen Handelsübereinkommen, die zusammen die WTO-Regeln bilden;
- Rahmen für die multilateralen Handelsverhandlungen;
- Bemühungen um Beilegung von Handelsstreitigkeiten;
- Prüfung der nationalen Handelspolitiken;

7. WTO, *Rapport annuel 1999*, Band I, S. 42 und 113.

- Zusammenarbeit mit den übrigen internationalen Institutionen, die sich weltweit mit der Gestaltung der Wirtschaftspolitiken befassen.

Das WTO-Sekretariat (amtierender Generaldirektor ist Mike Moore) beschäftigt knapp über 500 Beamte. Der ordentliche Haushalt der Organisation stieg von 122 Millionen Schweizer Franken im Jahr 1999 auf 125 Millionen im Jahr 2000 an. Gespeist wird er aus den Beiträgen der einzelnen Mitgliedsstaaten im Verhältnis zum jeweiligen Anteil am Welthandel. Der Jahresbeitrag der Schweiz ist von 2 Millionen Franken 1999 (1,7 % des ordentlichen WTO-Haushalts) auf 2,2 Millionen Franken 2000 (1,8 % des Haushalts) angewachsen.

#### □ *Nachfolgekampf und fragwürdiger Kompromiss*

Renato Ruggieros Mandat lief Ende April 1999 aus. Das Verfahren zur Ernennung seines Nachfolgers begann im Herbst 1998. Allerdings zeichnete sich in den Konsultationen rasch eine Konfrontation zwischen zwei in etwa gleich starken Lagern ab. Die Vereinigten Staaten, Lateinamerika und die meisten europäischer Länder unterstützten die Kandidatur des Neuseeländers Mike Moore, während Grossbritannien, die Mehrheit der asiatischen und zahlreiche afrikanische Länder den Thailänder Supachai Panitchpakdi bevorzugten<sup>8</sup>.

Die beiden Kandidaten kommen von einem unterschiedlichen Hintergrund her, verfolgen aber ähnliche Ziele. Mike Moore verkörpert den ehrgeizigen Self mademan. Der ehemalige Labour-Premierminister hat sich als überzeugter Befürworter des Freihandels einen Namen gemacht. Supachai Panitchpakdi besitzt einen Dokortitel der Erasmus-Universität Rotterdam in Wirtschaftsplanung. Seine Laufbahn absolvierte er überwiegend bei der thailändischen Zentralbank. Das Amt des Vizepremierministers und des Handelsministers erlangte er vor allem wegen seiner technischen Kompetenzen. Die beiden Männer vertraten ihre Länder in den multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde. Sie vertreten die Auffassung, ihre Herkunft trage dazu bei, Brücken zwischen den reichen und den armen Ländern zu schlagen. Ausserdem versprechen sie, den WTO-Beitrittsprozess voranzutreiben, die WTO näher an ihre Mitglieder zu rücken und besser mit der Zivilgesellschaft zu kommunizieren.<sup>9</sup>

Wegen der Konsensregel war es nicht möglich, sich durch eine Wahl für einen der beiden Bewerber zu entscheiden. Da keiner bereit war, sich zurückzuziehen, beschloss die WTO-Exekutive – der Allgemeine Rat –, das Mandat in je zwei Dreijahresperioden aufzuspalten. Mike Moore wurde ab dem 1. September 1999 zum Generaldirektor ernannt, Supachai Panitchpakdi soll am 1. September 2002 das Amt übernehmen. Die Mandate sind unter keinen Umständen erneuer- oder verlängerbar.<sup>10</sup>

Unter anderem beinhaltet der Kompromiss, dass Mike Moore die neue multilaterale Verhandlungsrunde einleiten und Supachai Panitchpakdi sie abschliessen soll. Die Schweiz nahm das Ende der Krise in der WTO mit Genugtuung zur Kenntnis. Nach Pierre-Louis Girard, Delegierter für Handelsverträge (seco),

8. «L'idée d'un partage de mandat à la tête de l'OMC gagne du terrain». *Le Temps*, 16. Juli 1999.

9. «Désignation du prochain directeur général», *WTO Focus*, Juli–August 1999, S. 2; «Un fauteuil pour deux directeurs: l'OMC sort de l'impasse», *Le Temps*, 21. Juli 1999.

10. «Les gouvernements membres de l'OMC se mettent d'accord sur la succession du Directeur général». WTO, *Communiqué de presse*, Nr. 131, 22. Juli 1999; «New Zealand's Moore heads WTO», *WTO Focus*, Juli–August 1999, S. 1–2.

bedeutet die Aufteilung das Mandats freilich eine Lösung aus zweiter Hand. Die Schweiz hielt sich während des Ernennungsprozesses im Hintergrund. Der schweizerische Botschafter William Rossier war beauftragt worden, neben dem Vorsitzenden des Allgemeinen Rates, dem Tansanier Ali Mchumo, die Rolle des «Facilitators» zu spielen.<sup>11</sup>

Nach erneuten regen Konsultationen ernannte Mike Moore für die Dauer seines Mandates vier Vizegeneraldirektoren: Ablassé Ouedraogo (Staatsangehöriger von Burkina Faso), Paul-Henri Ravier (Frankreich), Miguel Rodriguez Mendoza (Venezuela) und Andrew Stoler (USA).<sup>12</sup>

#### □ *Mitgliedsstaaten und neue Beitritte*

Die WTO hat seit dem 1. Januar 1995 acht neue Mitglieder aufgenommen: Ecuador, Kirgisistan, die Mongolei, Lettland und Panama sowie Estland, Georgien und Jordanien (die Kandidaturen der drei letzten Länder wurden 1999 angenommen). Zur Zeit zählt die WTO 137 Mitglieder, die zusammen etwas über 90 % des Welthandels erwirtschaften.

Dreissig weitere Staaten haben ihre Kandidatur unterbreitet und sind dabei, die Beitrittsbedingungen auszuhandeln<sup>13</sup>, darunter vor allem Übergangs- und Entwicklungsländer. Vier von ihnen spielen in der Weltwirtschaft und im Welthandel eine herausragende Rolle: China (1998 neuntgrößter Exporteur), das «getrennte Zollgebiet» Taiwan (15. Rang), die russische Föderation (19. Rang) und Saudi-Arabien (29. Rang)<sup>14</sup>.

Alle Staaten oder «Zollgebiete», die eine völlig autonome Handelspolitik betreiben, können zu mit den Mitgliedern der Organisation vereinbarten Bedingungen der WTO beitreten. Die Verhandlungen sind häufig sehr komplex<sup>15</sup>. Zuerst ernennt der Allgemeine Rat der WTO eine Arbeitsgruppe, die in Absprache mit dem Anwärterland die Beitrittsbedingungen definiert. Gleichzeitig führen das betreffende Land und die interessierten WTO-Mitglieder bilaterale Verhandlungen, in denen vor allem der Zugang zum Güter- und Dienstleistungsmarkt erörtert wird (gemäss der Meistbegünstigungsklausel gelten die vom Kandidatenland gewährten Konzessionen für alle WTO-Mitglieder). Schliesslich unterbreitet die Arbeitsgruppe dem Allgemeinen Rat ihren Bericht, ein «Beitrittsprotokoll» des künftigen Mitglieds sowie die «Listen» der Zollkonzessionen und der Verpflichtungen im Dienstleistungssektor.

Die Kandidatur Chinas<sup>16</sup> löste den bislang längsten Verhandlungsprozess aus. Einige Industrieländer bezichtigten China zwar des Protektionismus, wollen sich selbst aber für den Fall eines unvermittelten Zustroms chinesischer Produkte auf ihre eigenen Märkte die Möglichkeit von Schutzmassnahmen vorbehalten. Gegenwärtig führt Botschafter Pierre-Louis Girard, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge (seco), den Vorsitz über die Arbeitsgruppe.

11. «L'OMC reconnaît ses deux directeurs». Agence télégraphique suisse, zitiert von *La Côte* (Nyon), 23. Juli 1999.

12. «La nomination de quatre adjoints : une longue bataille politique.» *Le Temps*, 5. November 1999.

13. «WTO accessions gather pace», *WTO Focus*, Oktober 1998, S. 1–6. Im Dezember 1999 aktualisierte Information.

14. WTO, *Rapport annuel 1999*, Band 2, Tabelle I.5.

15. «Dans certains cas, elles prennent des proportions presque comparables à celles d'un cycle complet de négociations commerciales multilatérales.» WTO, *Un commerce ouvert sur l'avenir*, S. 64.

16. «China's accession to the WTO», *WTO Focus*, Oktober 1998, S. 4.

Im November 1999 erhielt China endlich das Plazet der amerikanischen Regierung. Die Vereinbarung muss noch von den gesetzgebenden Instanzen der beiden Länder genehmigt werden. Ausserdem muss sich China mit den übrigen WTO-Mitgliedern handelseinig werden. Eine entscheidende Rolle werden die Verhandlungen mit der Europäischen Union und mit Kanada spielen<sup>17</sup>. WTO-Generaldirektor Mike Moore erklärte dazu, es handle sich um einen wichtigen Fortschritt; er habe mehrmals betont, ohne China sei die WTO keine Welthandelsorganisation. China müsse noch mit den Regierungen der übrigen Mitgliedsstaaten eine Einigung finden, und ausserdem blieben noch umfassende technische Diskussionen zu führen, bevor China den ihm zustehenden Platz am Tisch der grossen Handelsnationen einnehmen könne<sup>18</sup>.

Die Entwicklungsländer und die Transitionsstaaten plädieren für einen raschen Abschluss der Beitrittsverhandlungen für die anderen Kandidaten. Offenbar ist unter anderem der Vorschlag im Gespräch, eine Sondertagung für intensive Verhandlungen anzuberaumen. Allerdings haben die Auseinandersetzung zur Wahl des neuen Generaldirektors und die Uneinigkeit zum Inhalt der neuen multilateralen Handelsverhandlungsrunde diesen Vorstoss in den Hintergrund gedrängt.

#### □ *Arbeiten des Allgemeinen Rates*

Beim Allgemeinen Rat handelt es sich um das WTO-Organ, das die Aufgaben der Organisation zwischen den Versammlungen der Ministerkonferenz wahrnimmt. Er umfasst sämtliche WTO-Mitglieder. 1999 stand die Vorbereitung der Konferenz von Seattle im Vordergrund (siehe unten Kapitel 2.3). Ausserdem beaufsichtigte er die gemäss der Erklärung von Singapur von Dezember 1996 geleisteten Arbeiten zu den Beziehungen zwischen Handel und Investitionen, zur Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen, zur Vereinfachung der Verfahren im Handel und zur Wechselwirkung zwischen Handel und Wettbewerbspolitik.

Diese Fragen gehörten auch zur Vorbereitung der Ministerkonferenz von Seattle. Nach dem Misserfolg der Konferenz steht nun noch offen, wie künftig damit umgegangen wird. Die Schweiz legt besonderen Wert darauf, in diesem Bereich zu einem Konsens zu gelangen<sup>19</sup>.

#### □ *Landwirtschaft*

Der Landwirtschaftsausschuss befasste sich mit der Anwendung der Verpflichtungen betreffend den Marktzugang für Agrargüter, die Begrenzung der internen Stützung an die Landwirte und die Verringerung der Exportbeihilfen. Daneben erörterte der Ausschuss die nicht kommerziellen Aufgaben der Landwirtschaft, sprich ihre Rolle für die Volkswirtschaft, den Umweltschutz und die Politik der Nahrungsmittelsicherheit. Nach Auffassung der Europäischen Union, Japans, Norwegens und der Schweiz rechtfertigen sich spezifische Stützungsmaßnahmen gerade wegen der Multifunktionalität der Landwirtschaft.

17. «WTO-Übereinkommen Chinas mit den USA. Ruf nach einer umfassenden Liberalisierung.» *Neue Zürcher Zeitung*, 16. November 1999.; «Les Etats-Unis ouvrent la porte de l'OMC à la Chine populaire.» *Le Temps*, 16. November 1999.

18. «Le Directeur général se félicite de l'accord sino-américain mais tient à souligner qu'il reste beaucoup à faire avant l'accession de la Chine.» Genf, WTO, *Communiqué de presse*, Nr. 148, 15. November 1999.

19. «Laufende WTO-Tätigkeiten», *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 99/1+2*, Ziffer 422.



Artikel 20 des Übereinkommens über die Landwirtschaft sieht die Eröffnung von Verhandlungen am Anfang dieses Jahres vor mit dem Ziel, den Liberalisierungsprozess in der Landwirtschaft fortzusetzen. Hinter dieser Zielsetzung verbergen sich ausgeprägte Interessensunterschiede.

#### □ Dienstleistungshandel

Nach Artikel XIX des Allgemeinen Abkommens über den Dienstleistungsverkehr haben die Mitglieder in aufeinanderfolgende Verhandlungsrunden einzutreten, die spätestens fünf Jahre nach der Schaffung der WTO beginnen, um schrittweise einen höheren Stand der Liberalisierung zu erreichen. Dieser Zeitpunkt ist heute gekommen. Der Dienstleistungsrat hat der Vorbereitung der Verhandlungen viel Zeit gewidmet und eine recht befriedigende Einigung zu Punkten, die in der Erklärung von Seattle hätten stehen sollen, gefunden.

Ferner setzte sich der Dienstleistungsrat mit dem E-Commerce und der informellen Vereinbarung von 1998 auseinander. Danach wird der E-Commerce im Moment nicht durchgesetzt.

#### □ Geistiges Eigentum

Das Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS-Abkommen) ist für Industrieländer ab Anfang 1996 anwendbar, für Entwicklungsländer (oder Übergangsländer) ab Anfang 2000 und für die am wenigsten entwickelten Länder schliesslich ab Anfang 2006<sup>20</sup>. Die WTO-Mitglieder sind gehalten, ihre Gesetze zur Umsetzung des Abkommens in der gesetzten Frist zu notifizieren. Allerdings haben zahlreiche Entwicklungsländer noch keine einschlägigen Gesetze erlassen und eine Fristverlängerung beantragt.

Der TRIPS-Rat beschäftigte sich auch mit anderen Artikeln des Abkommens. Die Neuuntersuchung von Artikel 27.3.b zur Patentfähigkeit von Pflanzensorten und Tierarten gab Anlass zu lebhaften Kontroversen.

Die Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Hilfswerke und die Erklärung von Bern äusserten sich im Laufe des Jahres 1999 mehrmals zu diesen Fragen<sup>21</sup> und forderten den Bund auf, Länder, die eine Fristverlängerung zur Umsetzung des TRIPS-Abkommens beantragen, zu unterstützen. Ausserdem ersuchten sie den Bund, sich in der Diskussion zur Revision von Artikel 27.3.b für die Aufrechterhaltung anderer Schutzmöglichkeiten von Lebewesen als durch Patente auszusprechen<sup>22</sup>. Botschafter Pierre-Louis Girard, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge (seco), erwiderte in seinem Schreiben vom 10. September 1999, es sei wichtig, den Entwicklungsländern die erforderliche Frist zur Umsetzung des TRIPS-Abkommens im aktuellen Stand einzuräumen. Zu Artikel 27.3.b vertrete die Schweiz die Auffassung, die Flexibilität der aktuellen Lösung müsse gewahrt werden<sup>23</sup>.

20. Vgl. Übergangsvereinbarungen in Artikel 65 und 66 des Abkommens.

21. N. Keim, «Conséquences du brevet sur la vie pour les pays du Sud», *Pressekonferenz* der Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Hilfswerke, Bern, 6. April 1999; «Cinq ans après l'OMC, où en est l'Inde avec les brevets?», *Vers un développement solidaire*, Oktober 1999, S. 4–11.

22. Schreiben vom 22. Juli 1999 an das seco, David Syz, Staatssekretär, und Pierre-Louis Girard, Delegierter für Handelsverträge. Die Argumente der NRO beruhen auf einer 1999 im Centre de recherche en droit international de l'environnement (Genf) von Philippe Cullet erarbeiteten Studie mit dem Titel: «Revision of the TRIPS Agreement concerning the Protection of Plant Varieties: Lessons from India concerning the Development of a *Sui Generis* System».

23. Schreiben an die Erklärung von Bern und an die Arbeitsgemeinschaft.

### □ Streitbeilegung

Der Streitbeilegungsmechanismus wird immer häufiger in Anspruch genommen. Nach Meinung des WTO-Sekretariats funktioniert er effizient<sup>24</sup>. Die meisten, wenn auch nicht alle Streitigkeiten wurden beigelegt. Der bekannteste noch ausstehende Fall, in dem die Europäischen Gemeinschaften vier lateinamerikanischen Ländern und den Vereinigten Staaten gegenüberstehen, betrifft die Ordnung für Import, Verkauf und Vertrieb von Bananen<sup>25</sup>. Die Europäischen Gemeinschaften haben in Anwendung der Entscheidungen des Streitbeilegungsorgans (DSB) die Importordnung überarbeitet. Allerdings hat das DSB diese Marktordnung nach wie vor für mit den WTO-Regeln unvereinbar befunden und die Vereinigten Staaten ermächtigt, ihre Handelskonzessionen in der Höhe der erlittenen Schädigungen zurückzunehmen.

Die Schweiz plädiert für eine Klärung und Stärkung des Streitbeilegungsverfahrens. Das Memorandum sollte z.B. angeben, welche Instanz befugt ist, zu entscheiden, ob die von der unterliegenden Partei ergriffenen Massnahmen ausreichen oder nicht<sup>26</sup>.

### □ Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit

Die WTO möchte den Entwicklungs- und Transitionsländern helfen, sich in das multilaterale Handelssystem einzubinden und daraus Vorteile zu erlangen. Sie unterstützt die Stärkung der institutionellen Kapazitäten (capacity building) und sowie Ausbildung menschlicher Ressourcen mit dem Ziel, den Handelsaufschwung, die Beteiligung an den internationalen Verhandlungen und die Umsetzung der abgeschlossenen Abkommen zu fördern.

Der ordentliche Haushalt der WTO für technische Zusammenarbeit und Ausbildung liegt bei knapp über 2 Millionen Schweizer Franken. Hinzu kommen freiwillige Beiträge. Da es sich um permanente Tätigkeiten handelt und da der Finanzbedarf steigt, haben mehrere Geber eine Rationalisierung angeregt und als Übergangslösung einen *Globalfonds mit Sonderzweckbestimmung* für die technische Zusammenarbeit gebildet<sup>27</sup>. Dieser steht seit dem 1. Juli 1999 allen WTO-Mitgliedern offen. Die Geber fordern, die technische Zusammenarbeit später aus dem ordentlichen Haushalt der WTO herauszunehmen.

Daneben finanziert die WTO das Internationale Handelszentrum (ITC), eine Institution des UN-Systems, die sich um die technische Zusammenarbeit im Handelsbereich kümmert. Das Zentrum steht unter der Ägide der WTO und der UNCTAD. Diese beiden Institutionen tragen zu gleichen Teilen zum ordentlichen Haushalt bei, der 1998 bei 28,7 Millionen Schweizer Franken lag<sup>28</sup>. Das Zentrum hilft den Entwicklungsländern und den Transitionsländern (unter anderem auf mikroökonomischer Ebene), das Exportpotential besser zu nutzen und die Importgeschäfte zu verbessern. Unter der Vielzahl der Projekte, die das Zentrum verwaltet, sind insbesondere das *gemeinsame integrierte ITC/UNCTAD/WTO-Programm zur technischen Unterstützung an ausgewählte, am wenigsten*

24. *Rapport annuel 1999*, Band 1, S. 4.

25. *Ibid.*, S. 91–92.

26. «Klärung und Stärkung des Streitbeilegungsverfahrens», *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 99/1+2*, Ziffer 141.

27. Dänemark, Finnland, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Europäische Gemeinschaften und Hongkong/China. Vgl. WTO, *Rapport annuel 1999*, Band 1, S. 114.

28. *Ibid.*, S. 123.

entwickelte Länder und andere afrikanische Länder zu nennen<sup>29</sup>. Das Programm ist mit einem von zehn Staaten finanzierten gemeinsamen Sonderzweckbestimmungs-Fonds ausgestattet.

#### □ Unterstützung der Schweiz

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) gibt jährlich rund 20 Millionen Franken für die handelsbezogene technische Zusammenarbeit aus, davon 5 Millionen für die Stärkung der Handelspolitiken<sup>30</sup>.

Erwähnenswert ist die schweizerische Beteiligung am gemeinsamen integrierten ITC/UNCTAD/WTO-Programm, welches die Zentralisierung der Hilfe fördert. Im Zeitraum 1998–2001 belaufen sich die Beiträge der Schweiz für Ghana auf 2 Millionen und für Uganda auf 1 Million Franken. Betreffend die Entwicklung der Handelspolitiken der Entwicklungs- und Transitionsländer unterscheidet das seco zwischen der Unterstützung in Genf und den Aktionen in den Empfängerländern<sup>31</sup>.

In Genf finanziert das seco unter anderem:

- die «Agence de coopération et d'information pour le commerce international» (ACICI). Es handelt sich um eine neue Dienststelle als Teil der Empfangsstrukturen der internationalen Stadt Genf. Die Stelle bietet ihre Leistungen in erster Linie den am wenigsten begünstigten Ländern an<sup>32</sup>;
- freiwillige Beiträge an die WTO-Programme für die technische Zusammenarbeit. Seit dem 1. Juli 1999 werden diese Beiträge in der Regel an den Globalfonds mit Sonderzweckbestimmung ausgerichtet;
- Teilnahme von Beamten der Entwicklungs- und Transitionsländer an Programmen des Universitätsinstituts für Internationale Studien (IUHEI) und der Akademie für internationales Wirtschaftsrecht und Streitbeilegung der Universität Genf;
- verschiedene Hilfeleistungen, z.B. für die Vorbereitung der 3. WTO-Ministerkonferenz.

In den Empfängerländern wird das seco auf Anfrage tätig. Es finanziert insbesondere Gutachten und Ausbildungsarbeiten in Vietnam im Rahmen des WTO-Beitrittsverfahrens.

Das seco finanziert ausserdem Nichtregierungsorganisationen. Hauptempfänger dieser Unterstützungsart ist zur Zeit das «International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD)» in Genf<sup>33</sup>. Das seco beurteilt die Arbeit des Zentrums, das die Zivilgesellschaft über die Handelspolitiken informiert und zwischen den NRO und den Wirtschaftskreisen Kontakte knüpft, als ausgezeichnet<sup>34</sup>.

29. *Ibid.*, S. 114–115. Von diesem Programm profitieren acht Länder: Benin, Burkina Faso, Uganda, Tansania (als am wenigsten entwickelte Länder eingestuft), Côte d'Ivoire, Ghana und Kenia (Länder mit geringem Einkommen) sowie Tunesien (Länder mit mittlerem Einkommen).

30. «Unterstützungsmassnahmen zugunsten von Entwicklungs- und Transitionsländern», *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 99/1+2*, Ziffer 62; *Memorandum: Swiss Contribution for Technical Assistance on Trade Policy* (mimeo), Seco, Bern, 21.10.99, 2 S.

31. *Ibid.*

32. Internet-Seite: [www.acici.org](http://www.acici.org).

33. International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD), Internet-Seite: [www.ictsd.org](http://www.ictsd.org).

34. *Memorandum: Swiss Contribution for Technical Assistance on Trade Policy* (mimeo), seco, Bern, 21. Oktober 1999, S. 2.

## □ Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Die WTO-Übereinkommen enthalten zwar keinen spezifischen Text zur Umwelt und zur nachhaltigen Entwicklung, aber mehrere Abkommen beinhalten diesbezügliche Bestimmungen. Anlässlich der Ministertagung in Marrakesch vom April 1994 wurde der Ausschuss für Handel und Umwelt (CTE) geschaffen und mit einem doppelten Mandat beauftragt: Die Definition der Beziehung zwischen Handels- und Umweltmassnahmen, um die nachhaltige Entwicklung zu fördern, zu erarbeiten und geeignete Empfehlungen dazu, ob die Bestimmungen des multilateralen Handelssystems gegebenenfalls zu ändern sind, im Einklang mit der offenen, gerechten und nicht diskriminierenden Natur des Systems abzugeben<sup>35</sup>.

1999 setzte der CTE die Untersuchung der Auswirkungen der Handelsliberalisierung in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft, Leder, Energie und Umweltdienste fort. Verschiedene Teilnehmer betonten, dass Subventionen die Handelsbeziehungen verzerren und häufig obsolete und umweltschädliche Produktionsweisen aufrechterhalten<sup>36</sup>. Ausserdem traf sich der CTE mit Vertretern von fünf Sekretariaten der multilateralen Umweltabkommen<sup>37</sup>.

Zur Förderung von Synergien schlossen die WTO und die UNO eine globale Vereinbarung ab, welche Ansätze für eine Kooperation zwischen der WTO und dem UNEP festlegt<sup>38</sup>. Die Vereinbarung soll den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit in der technischen Kooperation und Forschung sowie die gegenseitige Vertretung an den Sitzungen beider Organisationen fördern.

Im Rahmen der Aktionen zur Verbesserung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft richtete die WTO im März 1999 zwei aufeinanderfolgende hochrangige Symposien zu den Themen «Handel und Umwelt» und «Handel und Entwicklung» aus. Während des ersten Symposiums setzten sich drei Arbeitsgruppen mit folgenden Fragen auseinander:

- Beziehungen zwischen Handels- und Umweltpolitiken;
- Synergien zwischen Handelsliberalisierung, Umweltschutz, dynamischem Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung;
- Interaktion zwischen Handelskreisen und Umweltschutzkreisen<sup>39</sup>.

Schliesslich veröffentlichte die Abteilung Forschung und Wirtschaftsanalysen der WTO im Oktober 1999 einen Bericht mit dem Titel *Trade and Environment*<sup>40</sup>. Der Bericht beleuchtet die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Überschneidungen zwischen Handel und Umwelt. Der Bericht vertritt den Standpunkt, dass Handels- und Umweltpolitiken einander nicht unbedingt widersprechen, sondern sich im Gegenteil gegenseitig fördern könnten.

35. «Décision sur le commerce et l'environnement», *Résultats des négociations commerciales multilatérales du Cycle d'Uruguay. Textes juridiques*, GATT, Genf, 1994, S. 494.

36. «Comité du commerce et de l'environnement», in OMC, *Rapport annuel 1999*, Band 1, S. 110–112; WTO, *Rapport du Comité du commerce et de l'environnement 1999*; idem, *Bulletin sur le commerce et l'environnement*, n° 28 à 31. Siehe auch *Le commerce et l'environnement dans le cadre de l'OMC*, einsehbar an der Internet-Seite [www.wto.org/wto/environ/environm.htm](http://www.wto.org/wto/environ/environm.htm).

37. «Members Discuss WTO's Relationship with Environmental agreements», *WTO Focus*, Mai–Juni 1999, S. 6–7.

38. «Éléments de coopération entre l'OMC et le PNUÉ», *Communiqué de presse*, WTO, Genf, 29. November 1999.

39. «Symposium de haut niveau sur le commerce et l'environnement», *WTO Focus*, März 1999, S. 3–5.

40. H. Nordström and S. Vaughan, *Trade and Environment*, Special Studies Nr. 4, WTO, Genf, Oktober 1999, 110 S.; Überblick in *WTO Focus*, September–Oktober 1999, S. 1, 7–10, und in *L'Agefi*, 5. Oktober 1999.

Laut Auffassung des Bundesrates sollen die WTO-Übereinkommen die allgemeinen Grundsätze des internationalen Umweltrechts besser widerspiegeln. Als Beispiel wird das «Vorsorgeprinzip» erwähnt, wonach die Vermarktung eines Produkts auch ohne wissenschaftliche Nachweise verboten werden darf, sofern dieses die Gefahr eines nicht wieder gutzumachenden Schadens in sich birgt. Ausserdem wünscht der Bundesrat eine systematische Anwendung des «Verursacherprinzips» und der Nachhaltigkeit durch die WTO. Ferner sollte die WTO anerkennen, dass Direktzahlungen an Landwirte und Anreizabgaben zum Umweltschutz beitragen. Dazu müssten die Güter nach der jeweils verwendeten Produktionsmethoden differenziert werden<sup>41</sup>. Die Verbraucherinformation durch die Schaffung von Labels und durch die Warenbeschriftung bedeutet einen Schritt in die richtige Richtung. Allerdings dürfen solche Vermarktungsmethoden nicht den Marktzugang beschränken<sup>42</sup>.

### 2.3. WTO-MINISTERKONFERENZ (SEATTLE, 30. NOVEMBER–3. DEZEMBER 1999)

Das höchste Organ der WTO-Struktur ist die Ministerkonferenz, die sich aus Vertretern aller Organisationsmitglieder zusammensetzt. Die Konferenz tagt mindestens alle zwei Jahre und kann zu sämtlichen Fragen der multilateralen Handelsabkommen Beschlüsse fassen.

Die aktuellen WTO-Übereinkommen sind aus den Verhandlungen der Uruguay-Runde von 1986–1994 hervorgegangen. Das Resultat führte zu einer umfassenden Reform der Welthandelsregeln und zu einem Abbau der Handelshemmnisse. Die Teilnehmer anerkannten indessen, dass der Prozess weitergeführt werden müsse, und sahen bereits die Lancierung neuer Verhandlungen vor allem zu Landwirtschaft und Dienstleistungen sowie zu bestimmten handelsbezogenen Aspekten der Rechte an geistigem Eigentum vor.

Die 1. WTO-Ministerkonferenz von Singapur im Jahr 1996 legte ausserdem ein Arbeitsprogramm zu Investitionen, Wettbewerb, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und Handelserleichterung fest. Auf die beharrliche Nachfrage der Entwicklungsländer beschloss die 2. Ministerkonferenz von Genf im Mai 1998, die Umsetzung der bestehenden Übereinkommen sowie die Zielverwirklichung zu evaluieren. Dazu beauftragte sie den Allgemeinen Rat – die WTO-Exekutive –, der Ministerkonferenz von Seattle ein Programm für neue multilaterale Handelsverhandlungen zu unterbreiten. Empfehlungen zur Organisation sollten gewährleisten, dass das Arbeitsprogramm rasch begonnen und beendet wird<sup>43</sup>.

#### □ Vorbereitung der Konferenz

Erste Vorschläge zu Verhandlungsthemen wurden im März 1999 vorgelegt. Ab September arbeitete der Allgemeine Rat an der Redaktion des Entwurfs für eine Ministererklärung, die zum Abschluss der Konferenz von Seattle veröffentlicht werden sollte. Der Entwurf beruhte auf über 150 Vorschlägen der Mitgliedsstaaten.

41 «Einbezug von Umweltaspekten», *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 99/1+2*, Ziffer 144.

42. *Contribution de la délégation suisse pour le Symposium OMC de haut niveau sur le commerce et l'environnement* (mimeo), seco, Bern, 15. März 1999, 5 S.

43. WTO, *Rapport annuel 1999*, Band 1, S. 5.

Ende Oktober 1999 – einen Monat vor der Konferenz – waren die Bemühungen der WTO-Mitglieder um eine Konsenssuche zu den Zielvorgaben der neuen multilateralen Verhandlungsrunde kaum vorangekommen. Das rund dreissig Seiten starke Vorbereitungsdokument der Seattle-Konferenz beschränkte sich auf eine penibel genaue Auflistung der verschiedenen Vorschläge. Die vielen eckigen Klammern standen für die oft unüberwindbaren Gegensätze.

Um einen Misserfolg der Konferenz zu vermeiden, trafen die Vertreter von 25 einflussreichen WTO-Mitgliedern am 25. und 26. Oktober unter dem Vorsitz von Bundesrat Pascal Couchepin zu einer informellen Begegnung in Lausanne zusammen<sup>44</sup>. Gleich zu Beginn erklärte Bundesrat Couchepin, es sei nicht auszuschliessen, dass die WTO-Mitglieder sich in Seattle nicht einigen könnten und sich deshalb zu einem nächsten Treffen verabreden würden<sup>45</sup>. Nachdem die Teilnehmer ihre Meinungsunterschiede ausgebreitet hatten, verabschiedeten sie sich jedoch unter versöhnlichen Äusserungen. Die Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Hilfswerke bedauerte, dass die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) der Begegnung von Lausanne ferngeblieben waren<sup>46</sup>.

Mit dem Ziel, die Teilnahme der LCD zu fördern, veranstaltete das WTO-Sekretariat Anfang November 1999 eine Informationswoche in Genf. Norwegen, Grossbritannien und die Schweiz bestritten die Reise- und Aufenthaltsspesen der Vertreter von über 37 Mitgliedern und Ländern mit Beobachterstatus bei der WTO, die kein ständiges Büro in Genf führen<sup>47</sup>. Einige Tage vor der Konferenz versuchten die Unterhändler ein letztes Mal, ihre Meinungsunterschiede zu beseitigen, jedoch ohne Erfolg<sup>48</sup>.

#### □ *Eröffnung der Konferenz; Organisation der Arbeiten*

Der Konferenzbeginn wurde durch verschiedene Demonstrationen verzögert. Bereits am frühen Morgen des 30. Novembers umstellten Tausende Demonstranten das Kongresszentrum des Bundesstaats Washington und formierten sich zu regelrechten menschlichen Sperrn, um die Delegierten daran zu hindern, sich zur Eröffnungssitzung zu begeben. Es handelt sich um Bewegungen mit sehr unterschiedlichen Motivationen, geeint im Kampf gegen den nach ihrer Ansicht durch die WTO verkörperten Ultraliberalismus. José Bové, der Anführer der französischen Bauern, erklärte, alle seien auf die Strasse gegangen, Umweltschützer, Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschafter, Bauern und Befürworter von Sozialrechten aus reichen und aus armen Ländern<sup>49</sup>.

Am 1. Dezember nahmen die Minister die Verhandlungen zum Erklärungsentwurf auf, den der Allgemeine Rat in den Vormonaten erstellt hatte. Sie setzten Arbeitsgruppen ein, die allen Delegationen offen standen und die bis zum Konferenzende am 3. Dezember fast ununterbrochen arbeiten sollten.

44. Darunter die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und Japan unter den Industrieländern; Indien, Ägypten, Brasilien und Thailand unter den Entwicklungsländern.

45. *Le Temps*, 26. Oktober 1999.

46. Agence Télégraphique Suisse, zitiert von *La Côte* (Nyon), 27. Oktober 1999.

47. «L'OMC organise une "semaine de Genève" pour les délégations sans représentation», *Communiqué de presse*, Nr. 141, WTO, Genf, 26. Oktober 1999.

48. «Peut-on encore sauver Seattle?», *Tribune de Genève*, 25. November 1999; «Der Weg nach Seattle ist sehr steinig. Ergebnislose Vorbereitungsarbeiten bei der WTO in Genf», *Neue Zürcher Zeitung*, 25. November 1999.

49. *Le Temps*, 1. Dezember 1999.

Die Konferenz fand unter dem Vorsitz von Charlene Barshefsky, Welthandelsvertreterin der Vereinigten Staaten – dem Gastland der Konferenz – statt. Charlene Barshefsky beklagte das verantwortungslose Handeln einer verschwindend kleinen Minderheit, welche die Eröffnung aufgehalten hatte; zum Konferenzablauf kündigte sie an, es würden Sitzungen mit einem eingeschränkten Delegiertenkreis im «Green room» organisiert, um die Konsenssuche in bestimmten Punkten zu erleichtern. Dieser Beschluss verstimmte die Länder, die so von den Verhandlungen teilweise ausgeschlossen wurden, während nach Meinung anderer die verschiedenen Interessensgruppen, einschliesslich der LDC, fair vertreten waren. Schliesslich teilte Charlene Barshefsky mit, dass selbst bei Einigung einer Arbeitsgruppe zu einem Text kein Element der Ministererklärung getrennt von den anderen Elementen angenommen würde.

---

## **Arbeitsgruppen und wichtigste Diskussionsthemen**

### **Landwirtschaft**

*Hauptpunkte des Entwurfs:*

- verstärkte Anwendung der WTO-Regeln auf die Landwirtschaft;
- Marktzugang;
- weitere Herabsetzungen der Exportbeihilfen;
- Verringerung der internen Stützung;
- nicht kommerzielle Erwägungen, Multifunktionalität;
- Fragen hinsichtlich der Entwicklungsländer.

*Hauptstreitpunkte:*

- Sollen langfristig im gesamten Agrarhandel die gleichen Regeln gelten wie im Handel mit anderen Produkten?
- Sollen Exportbeihilfen völlig beseitigt werden?
- Können die Länder ihre Landwirtschaft unter Berufung auf deren nicht kommerzielle Aufgaben (Umwelt, Nahrungsmittelsicherheit) nach wie vor schützen?

### **Umsetzung und Regeln**

*Forderungen der Entwicklungsländer:*

- Fristen zur Umsetzung der Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS), der handelsbezogenen Investitionsmassnahmen (TRIMS) sowie der Zollwertbestimmung;
- Änderung verschiedener Bestimmungen des Antidumping-Abkommens, des Übereinkommens über Subventionen und des Übereinkommens über Textilwaren;
- verbindliche Zusagen der Industrieländer betreffend die besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer;
- Verlängerung der Vorzugsbehandlung, welche die Europäische Union den AKP-Ländern (Afrika, Karibik, Pazifik) gewährt, um diesen 71 Ländern Zeit zur Integration in die Weltwirtschaft zu geben.

### **Marktzugang**

*Hauptsächliche noch ausstehende Sachfragen:*

- Geltungsbereich und Tragweite der Verhandlungen: Sollen sie sämtliche Nichtagrarprodukte abdecken?
- Definition einer globalen Zielvorgabe für Zollsenkungen;
- Nichttarifäre Massnahmen, die sich auf den Marktzugang auswirken;
- allgemeine Zollfreiheit für Importe der Industrieländer aus den am wenigsten entwickelten Ländern.

## Programm von Singapur (1996), sonstige Fragen

*Diskussionspunkte der Gruppe:*

- Einführung neuer Regeln zu Investitionen;
- Wettbewerbspolitik;
- Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen;
- Handelserleichterung.

## Systembezogene Fragen

*Diskussionspunkte der Gruppe:*

- Entscheidungsstruktur der WTO;
- Verbesserung der Transparenz;
- Informationsaustausch;
- Verbreitung von Dokumenten;
- Partizipation der Öffentlichkeit.

## Handel und Arbeitsnormen

Diese Gruppe wurde erst am 2. Dezember eingesetzt. Sie sollte die Vorschläge bestimmter Industrieländer zur Erörterung der Arbeitsnormen (in der WTO oder in einer von mehreren internationalen Organisationen gemeinsam verwalteten Stelle) prüfen. Zahlreiche Entwicklungsländer sprachen sich gegen diese Initiative aus.

Quelle: «Résumé des réunions, 1<sup>er</sup>, 2 et 3 décembre 1999», *Note d'information de l'OMC* (einsehbar an der Internet-Seite der WTO: [www.wto.org](http://www.wto.org)).

## □ Interessensgruppen

Häufig werden Koalitionen je nach Interessenslage zu bestimmten Themen gebildet und wieder aufgelöst. Die meisten Analysten sind indessen der Auffassung, dass in Seattle vier Bündnisse eine ausschlaggebende Rolle gespielt hatten<sup>50</sup>:

- Die Vereinigten Staaten setzen den Schwerpunkt auf Landwirtschaft und Dienstleistungen und wenden sich gegen den Agrarprotektionismus der Europäischen Union und Japans (sowie der Schweiz). Zumal bei Abschluss der Uruguay-Runde 1994 beschlossen wurde, die Liberalisierung in diesen beiden Sektoren fortzusetzen<sup>51</sup>, verfügen sie über schlagkräftige Argumente;
- Die Exportländer von nicht subventionierten Agrargütern («Cairns-Gruppe») möchte den Absatz auf den geschützten Märkten in Europa, Amerika und Japan steigern. Zu dieser Gruppe zählen Industrieländer (Kanada, Australien, Neuseeland) und Entwicklungsländer (vor allem Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Thailand, Malaysia, Philippinen, Indonesien und Südafrika). In der Frage der Öffnung der Agrarmärkte hat sich die Cairns-Gruppe den Vereinigten Staaten angeschlossen;
- Von der Europäischen Union stammt der Vorschlag, die sogenannte «Millenniumsrunde» einzuleiten. Die EU (wie auch die Schweiz, Norwegen, Japan und Südkorea) wünscht eine breite Verhandlungspalette, welche gemäss dem 1996 in Singapur festgelegten Arbeitsprogramm die Liberalisierung der Investitionen, die Wettbewerbspolitik, die Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und die Handelserleichterung umfasst. Aus den gleich-

50. «Sommet de l'OMC à Seattle: mode d'emploi», *Le Temps*, 29. November 1999, S. 2–3.

51. Vgl. Übereinkommen über die Landwirtschaft, Artikel 20, und Allgemeines Abkommen über den Dienstleistungsverkehr, Artikel XIX.



zeitigen Verhandlungen zu verschiedenen Dossiers verspricht sich die Europäische Union Konzessionen im Landwirtschaftsbereich und hofft, in diesem Bereich den Grundsatz der «Multifunktionalität» durchsetzen zu können;

- Die Entwicklungsländer beharren auf der Anwendung der Marktzutrittsregeln durch die Industrieländer und verlangen eine rasche Stärkung der handelsbezogenen technischen Unterstützung<sup>52</sup>. Für den Start einer neuen Verhandlungsrunde setzen sie voraus, dass diese Forderungen akzeptiert werden. Zudem beantragen sie Zusatzfristen für die Umsetzung verschiedener Abkommen (s. Kasten oben). Im Allgemeinen lehnen die Entwicklungsländer die Verabschiedung von Sozial- und Umweltnormen, welche neoprotektionistischen Politiken des Nordens Vorschub leisten könnten, ab.

#### □ *Haltung der Schweiz*

Die Schweiz bemühte sich, in ihren Stellungnahmen für ein ausreichend breites Verhandlungsprogramm einzutreten, das die Interessen und Bedürfnisse aller abdeckt<sup>53</sup>. Kein Thema sollte von vornherein ausgeschlossen werden. Der pragmatische Ansatz sollte erlauben, Zugeständnisse und Errungenschaften besser auszugleichen. Ein Teilprogramm für Marktzugangsverhandlungen, das sich auf die Bereiche Landwirtschaft und Dienstleistungen beschränkt, besass in den Augen der schweizerischen Verhandlungsteilnehmer nur geringe Erfolgsaussichten. Wie oben festgestellt, verhält sich die Schweiz in dieser Frage solidarisch mit den Ländern, die einen starken Agrarschutz betreiben. Beobachter mit Sympathien für die Haltung der Cairns-Gruppe bezeichneten diesen Ansatz als «alles ausser die Landwirtschaft» und beschuldigten die Europäische Union und ihre Verbündeten, die Aufmerksamkeit von dieser schwierigen Problematik ablenken zu wollen<sup>54</sup>.

Die Schweiz wünschte, dass die folgenden Punkte auf das Programm der Verhandlungsrunde gesetzt würden<sup>55</sup>:

- die Liberalisierung des Handels mit Gütern und Dienstleistungen sowie des öffentlichen Beschaffungswesens fortsetzen. Alle Industrieländer und einige heranstrebende Volkswirtschaften sollten die Zölle weiter senken und die nicht-tarifären Schranken weiter abbauen;
- den Marktzutritt dank der Beseitigung von Hindernissen und der Harmonisierung der nationalen Gesetze verbessern;
- multilaterale Regeln in den Bereichen Wettbewerb und Privatinvestitionen einführen;
- im Landwirtschaftssektor nicht-kommerzielle Gesichtspunkte wie Nahrungsmittelsicherheit oder Umweltschutz berücksichtigen. Diese Ziele spielen für die Entwicklungsländer eine zentrale Rolle<sup>56</sup>;

52. Vgl. Unterkapitel 2.2 «Aktivitäten der technischen Zusammenarbeit».

53. P.-L. Girard, «Neue WTO-Verhandlungsrunde. Wie sieht das Programm aus?», *Die Volkswirtschaft – Magazin für WirtschaftsPolitik*, November 1999, S. 7.

54. «Sommet de l'OMC à Seattle: mode d'emploi», *Le Temps*, 29. November 1999, S. 2.

55. P. Couchepin, «Discours devant le Club suisse de la presse, le 5 novembre 1999», *Communiqué de presse*, Seco, Bern; *idem*, «Déclaration à la Conférence ministérielle, Seattle, 30 novembre 1999», OMC, Genf, WT/MIN (99)/ST/2; P.-L. Girard, «Neue WTO-Verhandlungsrunde. Wie sieht das Programm aus?», *Die Volkswirtschaft – Magazin für WirtschaftsPolitik*, November 1999, S. 7–9.

56. P.-L. Girard, «Neue WTO-Verhandlungsrunde. Wie sieht das Programm aus?», *Die Volkswirtschaft – Magazin für WirtschaftsPolitik*, November 1999, S. 8.

- die handelsbezogene technische Zusammenarbeit mit den Niedriglohnländern ausbauen;
- die Zollpräferenzen, die den am meisten fortgeschrittenen Entwicklungsländern heute noch gewährt werden, schrittweise abbauen;
- die Kohärenz zwischen Handels- und Umweltpolitiken verbessern (vor allem indem die Kohärenz zwischen den Handelsbestimmungen der internationalen Umweltabkommen und den WTO-Regeln gewährleistet wird);
- die Zusammenarbeit zwischen der WTO und der IAO zu grundlegenden Arbeitsnormen stärken;
- die Transparenz des multilateralen Handelssystems verbessern, dazu den Dialog mit der Zivilgesellschaft vertiefen.

□ *Bessere Koordinierung unter den Ländern des Südens*

Die Position der Entwicklungsländer konnte dank den gemeinsamen Überlegungen und Stellungnahmen gestärkt werden. Zur Konferenz von Seattle sind zwei Aktionen zu erwähnen:

- Das *South Centre*<sup>57</sup> führte verschiedene Studien zum Platz der Entwicklungsländer im multilateralen Handelssystem durch. Im Dezember 1998 veröffentlichte es ein Buch unter dem Titel *The WTO Multilateral Trade Agenda and the South*, welches drei Aktionsbereiche für die Dritte Welt festhält: Die Umsetzung der aus der Uruguay-Runde hervorgegangenen Abkommen, die darin vorgesehenen Verhandlungen zu Landwirtschaft und Dienstleistungen (die berühmte «built-in agenda») und die neuen Themen. Bis 1998 war es den Industrieländern laut dem Verfasser des Buchs immer gelungen, ihre Verhandlungsziele durchzusetzen. Künftig soll der Süden seine Ansprüche formulieren: Die Ausgrenzung der am wenigsten fortgeschrittenen Länder verringern, neben dem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr auch die Migrationsbewegungen der Arbeitnehmer liberalisieren, das multilaterale Handelssystem in den Dienst der Entwicklung stellen und schliesslich der Rechtgleichheit der WTO-Mitglieder effektiv Geltung verschaffen. Nach Auffassung des South Centre sind Transparenz und «Konsensentscheidungen» zur Verwirklichung dieser Ziele unerlässlich;
- Während der 9. Ministertagung von Marrakesch im September 1999 forderte die *Gruppe der 77*<sup>58</sup> eine Überprüfung, Berichtigung und Überarbeitung der WTO-Übereinkommen. Die englische Formulierung *reviewed, repaired and reformed (RRR)* wurde von den Internet-Seiten der Nichtregierungsorganisationen weitergetragen und im Nu rund um die Welt verbreitet.

□ *Interventionen der Nichtregierungsorganisationen (NRO)*

Die Medien berichteten hauptsächlich über Massendemonstrationen, welche die NRO in Seattle und überall auf der Welt organisierten. Dabei führen die NRO

57. Beim *The South Centre* mit Vertretungen in Genf und Dar es-Salaam handelt es sich um eine ständige zwischenstaatliche Organisation der Entwicklungsländer, die seit 1995 besteht. Die Forschungen und Veröffentlichungen des Zentrums liefern dem *Mouvement des pays non alignés* (Bewegung blockfreier Länder) und der *Gruppe der 77* Anhaltspunkte für ihre Arbeiten.

58. Die *Gruppe der 77* entstand zum Zeitpunkt der Schaffung der UNCTAD im Jahr 1964 und zählt heute über 130 Mitglieder.

seit Jahren tief greifende Aktionen durch. Es gibt zahllose NRO mit sehr unterschiedlichen Zielen. Die bekanntesten unter ihnen sind (in alphabetischer Reihenfolge angeführt):

- Friends of the Earth, London ;
- Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP), Minneapolis (Vereinigte Staaten);
- International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD), Genf;
- International Coalition for Development Action, Brüssel;
- Peoples' Global Action (PGA);
- Public Citizen Global Trade Watch, Washington DC;
- Third World Network, Penang (Malaysia);
- WWF International, Gland (Schweiz).

Die NRO lehnen Verhandlungen, die im Wesentlichen die Liberalisierung und Ausweitung des Welthandels (ohne die Migrationen) bezwecken, ab; sie fordern einen grundlegenden Umschwung, damit der faire Handel und die nachhaltige Entwicklung gefördert werden. Demzufolge muss die neue multilaterale Verhandlungsrunde entweder eine «Entwicklungsrunde» darstellen oder überhaupt nicht stattfinden.

#### □ *Haltung der schweizerischen NRO*

Die Organisationen, welche sich bemühen, Einfluss auf die schweizerische Entwicklungspolitik zu nehmen, verfolgen die Tätigkeiten des ehemaligen GATT – der heutigen WTO – seit langem mit. Es handelt sich dabei vor allem um die Erklärung von Bern und die Arbeitsgemeinschaft (AG), in der die Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas und Caritas zusammengeschlossen sind. 1999 erreichten ihre Stellungnahmen und Äusserungen zur neuen Welthandelsordnung eine Rekordzahl. Der folgende Kasten beschreibt einige Höhepunkte.

---

#### *April*

Pressekonferenz  
der AG

*Konsequenzen der Patente für die Länder des Südens.*

Den Ländern des Südens soll es nach wie vor frei stehen, unterschiedliche autonome Massnahmen zu ergreifen. Das Abkommen über die handelsbezogenen Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) ist daher zu überarbeiten.

Schreiben der AG  
an Pascal Couchepin

*Haltung der AG betreffend die Beziehungen zwischen Handel, Entwicklung und Umwelt.*

Forderung, einen Vertreter der AG in die schweizerische Delegation in Seattle aufzunehmen. (Die Forderung wurde zwar nicht erfüllt, aber die Delegation traf sich regelmässig mit den NRO.)

#### *Mai*

Pressekonferenz  
der AG

*Neue Liberalisierungsrunde in der WTO: Zuerst die alten Versprechen einhalten und die ungelösten Fragen klären!*

Die neue Handlungsrunde bedeutet eine Gefahr für die Wirtschaft und die Landwirtschaft der benachteiligten Länder des Südens. Eine Überarbeitung des

Übereinkommens über die Landwirtschaft soll diesen Ländern erlauben, ihre Agrarentwicklung zu schützen.

*August*

Erklärung von Bern,  
Pro Natura,  
Schweizerischer  
Bauernverband,  
Konsumenten-  
schutzstiftung

*Manifest der schweizerischen Nichtregierungsorganisationen.*

Lancierung einer Evaluations- und Reflexionsrunde anstelle einer neuen Liberalisierungsrunde. Vorschläge:

- die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Konsequenzen der vorhergehenden Abkommen auswerten;
- die sozialen und ökologischen Leistungen der Landwirtschaft beachten (Multifunktionalität);
- den Süden besser in den Weltmarkt integrieren;
- die Umwelt schützen;
- die Sozialrechte beachten;
- Transparenz und Partizipation fördern.

*Oktober*

Schreiben der AG  
an den Bundesrat

Position der Schweiz in der 3. Ministerkonferenz der WTO.

Für eine echte *Entwicklungsrunde* eintreten.

Ausdehnung der Verhandlungen auf neue Gebiete wie Investitionen ablehnen.

*November*

Gewerkschaften,  
Bauern- und Umwelt-  
organisationen, AG

*Gemeinsame Erklärung: Kein Blankoscheck für die Verwaltung.*

Wir verlangen von der WTO eine Überprüfung der Auswirkungen ihrer aktuellen Regeln (*review*), eine Behebung der Beeinträchtigungen (*repair*) und eine Überarbeitung (*reform*) der Handelsregeln im Interesse der Völker und der Umwelt. Wir lehnen die «neuen Themen» der *Millenium Round* ab.

Quellen: Presseunterlagen und Informationen der Arbeitsgemeinschaft der schweizerischen Hilfswerke. Internet-Seite: [www.swisscoalition.ch](http://www.swisscoalition.ch).

□ *Scheitern der Konferenz*

Nach drei Verhandlungstagen konnten die Differenzen nicht wesentlich verringert werden. Daher beschlossen die Konferenzteilnehmer, eine Pause einzulegen. Der WTO-Generaldirektor Mike Moore erklärte kurz nach seiner Rückreise aus Seattle, dass er Konsultationen mit den Delegationen aufnehmen und neue Mittel und Wege zur Annäherung und zur Verbesserung des Verhandlungsprozesses untersuchen werde, um den Ministern möglichst rasch Bescheid zu geben, man sei bereit, die Ministerkonferenz neu einzuberufen und unter Dach und Fach zu bringen<sup>59</sup>.

Das Scheitern der Konferenz erklärt sich aus verschiedenen und sehr komplexen Gründen, die sich drei Kategorien zuordnen lassen<sup>60</sup>:

- Die Europäische Union und ihre Verbündeten waren am meisten an der Eröffnung einer neuen Verhandlungsrunde interessiert, falls diese eine Gesamtheit an integrierten Themen umfasste. Andere Länder konnten sich

59. «Il est vital de maintenir et de consolider ce que nous avons acquis», *Communiqué de presse*, Nr. 160, WTO, Genf, 7. Dezember 1999.

60. Es gibt eine Reihe von Erklärungen. Siehe zum Beispiel «The Aftermath of Seattle: A Summary of Views», *BRIDGES Weekly Trade News Digest* ([bridges@iatp.org](mailto:bridges@iatp.org)), Band 3, Nr. 48, 15.12.99; S. George, «Seattle: le tournant. Comment l'OMC fut mise en échec», *Le Monde diplomatique*, Januar 2000, S. 4-5; N. Keim, «WTO Summit in Seattle: Victory for Some, Defeat for Others?», *Swiss Coalition News*, Nr. 22, Januar 2000, S. 12-14; P. Niggli, «Post-Seattle: Whither Now?», *Swiss Coalition News*, Nr. 22, Januar 2000, S. 12-14; S. Oetliker, «WTO: Jetzt heisst es handeln und weiter verhandeln», *Cash*, 10.12.99, S. 78-79; «Vorbereitung einer neuen Welthandelsrunde», *Aussenwirtschaftsbericht 99/1+2*, Ziffer 421.

mit einem geringeren Programm begnügen. Die Vereinigten Staaten und die Cairns-Gruppe hatten im Fall eines Misserfolgs wenig zu verlieren, da die Eröffnung von Gesprächen zum Handel mit Agrarprodukten und Dienstleistungen ohnehin für das Jahr 2000 geplant war. Diese Länder brauchten daher keine grossen Zugeständnisse zu machen, um eines ihrer Hauptziele zu erreichen. Ähnlich forderten die Entwicklungsländer, die existierenden Abkommen anzuwenden, bevor neue Abkommen geschlossen werden. In diesem Punkt wurden sie von den NRO unterstützt;

- Noch bei Konferenzbeginn bestanden Meinungsunterschiede, die viel zu weit reichten, um in vier Tagen ausgeräumt zu werden. Gemäss der Konsensregel mussten alle Parteien ihre Zustimmung geben, was voraussetzte, dass jedermann auf seine Rechnung kam. Die tatsächliche Arbeitszeit der Verhandlungsteilnehmer wurde zudem durch Demonstrationen, den Besuch von Präsident Clinton und Mängel in der Organisation erheblich verkürzt;
- Es gab nur knappen Handlungsspielraum. Die Vereinigten Staaten steckten bereits in der Wahlkampagne und konnten unmöglich ein Verhandlungsprogramm akzeptieren, das heikle Bereiche berührte (vor allem Antidumping-Massnahmen und Textilien). Die Europäische Union, Japan und die Schweiz waren zwar einverstanden, die Landwirtschaft auf das Programm zu setzen, sahen aber anschliessend keine wesentlichen Konzessionen vor. Unter diesen Voraussetzungen hatte die Cairns-Gruppe von einer neuen Verhandlungsrunde wenig zu gewinnen. Die Entwicklungsländer, die ihre Volkswirtschaften im Rahmen von Strukturanpassungspolitiken bereits ab den 80er Jahren unilateral geöffnet hatten, erwarteten von den Ländern des Nordens, dass sie bei der Liberalisierung wirklich mitspielten.

Das Scheitern der Konferenz von Seattle wird den Start der geplanten sektoriellen Verhandlungen nicht aufhalten. Die Tatsache, dass diese Verhandlungen nicht von Beginn weg in eine breite Runde eingebettet sind, könnte sich jedoch nachteilig auswirken. Am 7. Februar legte der Allgemeine Rat der WTO den Anfang der Verhandlungen zu den Dienstleistungen auf Ende Februar und zur Landwirtschaft auf den 23. März fest<sup>61</sup>.

## 2.4. KONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN FÜR HANDEL UND ENTWICKLUNG (UNCTAD)

Die UNCTAD wurde im Jahr 1964 als ständiger zwischenstaatlicher Mechanismus geschaffen und stellt das wichtigste UNO-Organ im Bereich Handel und Entwicklung dar. Sie hilft den Ländern der Dritten Welt, das sich ihnen anbietende Handels-, Investitions- und Entwicklungspotenzial bestmöglich zu nutzen, die Probleme der Globalisierung zu bewältigen und sich zu fairen Bedingungen in die Weltwirtschaft zu integrieren. Die UNCTAD organisiert alle vier Jahre eine Tagung auf einem jeweils anderen Kontinent<sup>62</sup>.

Gegenwärtig zählt die UNCTAD 188 Mitgliedsstaaten. Die rund 400 Beamten gehören zum UNO-Sekretariat. Der jährliche Betriebshaushalt beläuft sich auf

61. «WTO „Back in Business“ with Agriculture and services», *BRIDGES Weekly Trade News Digest*, Band. 4, Nr. 5, 8. Februar 2000.

62. CNUCED, *Un partenariat pour la croissance et le développement*, CNUCED, Service des relations extérieures, Genf, 1998, S. 1.

50 Millionen Dollar. Die Tätigkeiten der technischen Zusammenarbeit werden mit ausseretatmässigen Mitteln finanziert<sup>63</sup>.

Anlässlich der 9. UNCTAD-Tagung in Midrand (Südafrika) im Jahr 1996 wurde das Mandat der Organisation neu definiert. Zudem leitete die Organisation weitreichende Reformen ein. In den positiven Bemerkungen bei der Bestätigung von Rubens Ricupero in seinem Amt als Generalsekretär im Februar 1999 wurden die Massnahmen als Erfolg bezeichnet<sup>64</sup>. Etliche Länder äusserten ihre Genugtuung über die grössere Effizienz der UNCTAD. Unter den neuen Stärken der Organisation wurde vor allem Folgendes erwähnt<sup>65</sup>:

- der neue Zusammenarbeitsinn, der seit 1996 unter den Mitgliedsstaaten herrscht;
- die hohe Qualität der analytischen Arbeiten der UNCTAD;
- der Beitrag zur Entwicklung der am wenigsten fortgeschrittenen Länder;
- die Hilfe an Volkswirtschaften im Übergang in Bereichen wie Auslandsverschuldung und Handelsverhandlungen;
- die ausgezeichnete Arbeit bei der Vorbereitung der Entwicklungsländer auf die WTO-Ministerkonferenz in Seattle<sup>66</sup>;
- die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor.

■ **JSDW 1997** zur Anpassung des UNCTAD-Mandates und zu den institutionellen Reformen (S. 37–43).

■ **ASTM 1998**, *idem* (S. 182–183).

#### □ Vorbereitung der 10. UNCTAD-Tagung (Bangkok, 12.–19. Februar 2000)

Das leitende Organ der UNCTAD, der Rat für Handel und Entwicklung, genehmigte auf seiner Exekutivsitzen vom 5. Februar 1999 die Tagesordnung der 10. Konferenz. Im Text steht, die Globalisierung habe gemischte Auswirkungen gezeitigt und das wirtschaftliche Gefälle unter den Ländern nicht eingeebnet. Ausserdem seien systemische Spannungen und Ungleichgewichte aufgetreten, und angesichts der hohen Interdependenz habe sich die Gefahr von Umwälzungen, die auf zahlreiche Länder und Regionen ausstrahlen könnten, deutlich verschärft. Daher solle die Staatengemeinschaft den Regelungs- und Institutionsrahmen des weltweiten Handels- und Finanzsystems einer gründlichen und ausgewogenen Prüfung unterziehen<sup>67</sup>.

Die Prüfung soll auch die Frage der Einbindung der Entwicklungs- und Transitivländer in die Weltwirtschaft erfassen. Ziel ist es, Strategien zu erarbeiten, welche die Globalisierung zu einem wirksamen Entwicklungsinstrument machen.

Laut Vizeregensekretär Carlos Fortin ermöglicht die 10. Konferenz eine Ausweitung des Konzepts der Integration der Zivilgesellschaft in die Arbeit der Orga-

63. *Ibid.* Aktualisiert im Dezember 1999, Internet-Seite: [www.unctad.org](http://www.unctad.org).

64. «Le secrétaire général de la CNUCED est reconduit dans ses fonctions. M. Ricupero mènera l'organisation vers le XXI<sup>e</sup> siècle», *Communiqué de presse*, UNCTAD, Genf, 19. Februar 1999.

65. *Ibid.* In der Pressemitteilung werden vor allem die Wortmeldungen der Gruppe der 77, Chinas, der Europäischen Union, der Russischen Föderation, Japans und der Vereinigten Staaten zusammengefasst.

66. Vgl. «La politique commerciale internationale en 1999 et au-delà», *Rapport sur le commerce et le développement* 1999, S. 44–48.

67. «En route pour Bangkok: le Conseil adopte l'ordre du jour de la 10<sup>e</sup> session de la CNUCED», *Communiqué de presse*, UNCTAD, Genf, 5.2.99.

nisation, denn die UNCTAD hat sich in einem kollektiven Überlegungsprozess an externe Akteure (Forschungsinstitute, Gewerkschaften, NRO) gewandt<sup>68</sup>.

Der Ansatz weist Ähnlichkeiten mit den Arbeiten des Gipfeltreffens Partner for Development auf (Lyon, 9.–12. November 1998) und ruft eine Diskussion zur Auswahl, Legitimität und Repräsentation der Partner hervor. Ausserdem stellt sich die Frage, welche Konsequenzen die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor gegebenenfalls für den Wettbewerb hat (diskriminierende Vorteile). Aus diesen Gründen ist ein Verhaltenskodex zu definieren.

Am 25. Oktober 1999 begann der Rat für Handel und Entwicklung die Verhandlungen zum Plan of Action von Bangkok. Marokko stellte den Vorschlag der Gruppe der 77 vor, der nach der vorbereitenden Sitzung der Entwicklungsländer vom September in Marrakesch formuliert worden war. Die Gruppe betonte, dass die UNCTAD eine Schlüsselrolle spielen und die Staatengemeinschaft auffordern müsse, die im Plan of Action niedergelegten Massnahmen und Initiativen durchzuführen, um die weltwirtschaftliche Integration der Entwicklungsländer zu fairen Bedingungen sicherzustellen. Solche Massnahmen betreffen den internationalen Handel, den Finanzbereich und die Investitionen. Die UNCTAD sei am besten geeignet, einen Konsens für eine Neugestaltung der Entwicklungspolitik zu bilden; sie habe die Definition einer gestaffelten Integration in die Weltwirtschaft massgeblich mitbestimmt<sup>69</sup>.

Im Namen der Nichtregierungsorganisation Third World Network erklärte Ch. Raghavan, weder die neoliberalen Volkswirtschaften und der Konsens von Washington noch die Globalisierung hätten die Erwartungen erfüllt; Wirtschaftswissenschaftler forderten heute für die Entwicklungsländer Flexibilität hinsichtlich der Regeln und Disziplinen sowie eine Vorzugsbehandlung, bis sie einen Entwicklungsstand erreichten, der ihnen erlaube, mehr Verpflichtungen zu übernehmen<sup>70</sup>.

Rubens Ricupero empfiehlt in seinem Bericht an die UNCTAD X, über die Vereinigung der Märkte hinaus eine Weltgemeinschaft der Zusammenarbeit und des geteilten Wissens für Sicherheit und Entwicklung aufzubauen. Nach einem kurzen Abriss der Ursachen der heutigen Krise plädiert der Bericht für ein neues internationales Engagement zugunsten des Wachstums und der Entwicklung, und zwar durch eine verbesserte Führung der internationalen Wirtschaft im Globalisierungsprozess. Ausserdem wird aufgezeigt, wie die UNCTAD – eine Institution, die auf dem Wissen im Dienst der Entwicklung beruht – durch Partnerschaften und durch das Streben nach mehr Effizienz einen grösseren Beitrag leisten kann<sup>71</sup>.

Im Januar 2000 gab das seco die Ziele der Beteiligung der Schweiz an der 10. UNCTAD-Tagung bekannt: «In Bangkok wird sich die Schweiz dafür einsetzen, dass die UNCTAD X ein für alle Handels-, Investitions- und Entwicklungsfragen offenes Forum bleibt. Die Integration der Entwicklungs- und Transitionsländer in das weltweite Handelssystem muss weiterhin ein Hauptanliegen der Konferenz sein. In Zukunft müssen jedoch die Analyse- und Forschungsakti-

68. *Ibid*

69. «La communauté internationale entame des négociations sur la prochaine CNUCED», *Communiqué de presse*, UNCTAD, Genf, 25. Oktober 1999.

70. *Ibid*.

71. *Rapport du secrétaire général de la CNUCED à la 10e CNUCED*, Genf, Vereinte Nationen, 1999.

vitäten sowie die technische Hilfe den in der WTO geführten Diskussionen und den Vorgaben zur nachhaltigen Entwicklung gebührend Rechnung tragen. Die Schweiz wird ausserdem Wert legen auf grössere Transparenz und eine Verbesserung der Informationspolitik des UNCTAD-Sekretariats»<sup>72</sup>.

#### □ *Handel, nachhaltige Entwicklung, Gleichstellung*

Auf ihrer 9. Tagung beschloss die UNCTAD, die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Eigenverantwortlichkeit (*empowerment*) und der Beseitigung der Ausgrenzung von Frauen als Querschnittsthemen zu behandeln.

Am 12. und 13. Juli 1999 fand in Genf im Rahmen des Vorbereitungsprozesses für die UNCTAD X ein Sachverständigen-Workshop unter dem Titel «Commerce, développement durable et sexospécificité» (Handel, nachhaltige Entwicklung und geschlechtsspezifische Fragen) statt<sup>73</sup>. Die Experten setzten sich mit den sehr komplexen Auswirkungen der Globalisierung im Bereich der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts auseinander. In vielen Fällen wurde eine Verringerung des Einkommensgefälles und der Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen festgestellt, während andere Beispiele von einer Verschlechterung sprechen.

In der verarbeitenden Industrie wurden zahlreiche weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Damit sind zwar Frauen stärker an der monetären Wirtschaft beteiligt, aber mit der Rezession als Folge der asiatischen Finanzkrise verlor eine unverhältnismässig hohe Anzahl Frauen ihre Arbeit. Frauen bilden nach wie vor die Mehrheit der armen Bevölkerung in ländlichen Gebieten. Als die Expansion des internationalen Handels die Produktion von Exportkulturen in die Höhe trieb, wurden zwar vermehrt weibliche Arbeitskräfte mobilisiert, aber die Entlohnung nahm nicht proportional zu. Im kaufmännischen Bereich werden die Frauen aus den ärmsten Ländern besonders diskriminiert. Sie sind vor allem im Kleinhandel stark vertreten, in internationalen Transaktionen aber nicht präsent. Im Zuge der Globalisierung machten sich mehr Frauen auf die Suche nach neuen wirtschaftlichen Chancen. Allerdings entstehen durch die Migration hohe soziale Kosten.

Im Anschluss an diese Beobachtungen erarbeiteten die Experten eine Reihe von Empfehlungen. Die Arbeiten des Workshops wurden von der UNCTAD im Oktober 1999 veröffentlicht<sup>74</sup>. Die Konferenz von Bangkok wird Gelegenheit bieten, die Schlüsselfragen der Gender-Problematik zu beleuchten und diese Dimension in den Vierjahresaktionsplan der UNCTAD aufzunehmen.

72. «Beteiligung der Schweiz an der zehnten Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD X)», *Pressemitteilung, seco*, Bern, 19. Januar 1999.

73. «Le développement passe par la démarginalisation des femmes», *Note aux correspondants*, Nr. 24, UNCTAD, Genf, 15. Juli 1999.

74. UNCTAD, *Trade, Sustainable Development and Gender*, Vereinte Nationen, New York und Genf, 1999. Die Empfehlungen befinden sich auf S. 447–451 der Veröffentlichung.



## QUELLEN

- UNCTAD, *Rapport sur le commerce et le développement 1999*, Nations Unies, New York und Genf, Oktober 1999.  
Bundesrat, «Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik», *Bundesblatt*, jährlich.  
Cullet, Ph., «Revision of the TRIPS Agreement concerning the Protection of Plant Varieties: Lessons from India concerning the Development of a *Sui Generis* System», *The Journal of World Intellectual Property*, Band 2, Nr. 4, Juli 1999, S. 617–656.  
GATT, *Résultats des négociations commerciales multilatérales du Cycle d'Uruguay. Textes juridiques*, GATT, Genf, 1994.  
George, S., «Seattle: le tournant. Comment l'OMC fut mise en échec», *Le Monde diplomatique*, Januar 2000, S. 4–5.  
Girard, P.-L., «Neue WTO-Verhandlungsrunde. Wie sieht das Programm aus?», *Die Volkswirtschaft – Magazin für Wirtschaftspolitik*, November 1999, S. 6–9.  
IATP, *BRIDGES Weekly Trade News Digest* (bridges@iatp.org), verbreitet vom Institute of Agriculture and Trade Policy (IATP), Minneapolis (Vereinigte Staaten).  
ICTSD/CICDD, *Bridges between Trade and Sustainable Development* (monatlich), International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD), Genf.  
Keim, N., «WTO Summit in Seattle: Victory for Some, Defeat for Others?», *Swiss Coalition News*, Nr. 22, Januar 2000, S. 12–14.  
Niggli, P., «Post-Seattle: Whither Now?», *Swiss Coalition News*, Nr. 22, Januar 2000, S. 12–14.  
Oetliker, S., «WTO: Jetzt heisst es handeln und weiter verhandeln», *Cash*, 10. Dezember 1999, S. 78–79.  
WTO, *Bulletin sur le commerce et l'environnement*, WTO, Genf.  
WTO, *WTO Focus. Official WTO Newsletter* (monatlich), WTO, Genf.  
WTO, *Rapport annuel 1999* (Band 2), WTO, Genf.  
WTO, *Rapport du Comité du commerce et de l'environnement* (jährlich), WTO, Genf.  
WTO, *Un commerce ouvert sur l'avenir* (2. revidierte Ausgabe), WTO, Genf, Juni 1999.  
South Centre, *The WTO Multilateral Trade Agenda and the South*, The South Centre, Genf, 1998.  
UNCTAD, *Trade, Sustainable Development and Gender*, papers prepared in support of the themes discussed at the Pre-UNCTAD X Expert Workshop on Trade, Sustainable Development and Gender (Genf, 12.–13. Juli 1999), Vereinte Nationen, New York und Genf, 1999.

## INTERNET-ADRESSEN

- ACICI: [www.acici.org](http://www.acici.org).  
ICTSD: [www.ictsd.org](http://www.ictsd.org).  
UNCTAD: [www.unctad.org](http://www.unctad.org).  
WTO: [www.wto.org](http://www.wto.org).  
seco: [www.seco-admin.ch](http://www.seco-admin.ch).

## NÜTZLICHE ADRESSEN

- Agence de coopération et d'information pour le commerce international (ACICI), 9, rue de Varembe, case postale 156, 1211 Genf 20; Tel. 022/910 31 50, Fax 022/910 31 51.  
International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD), 13, chemin des Anémones, 1219 Genf; Tel. 022/917 84 92, Fax 022/917 80 93.  
Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), Palais des Nations, 8–14, avenue de la Paix, 1211 Genf 10; Tel. 022/907 12 34, 022/917 12 34, Fax 022/907 00 43.  
Welthandelsorganisation (WTO), Centre William Rappard, 154, rue de Lausanne, 1211 Genf 21; Tel. 022/739 51 11, Fax 022/739 54 58.  
Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), Bundeshaus Ost, 3003 Bern; Tel. 031/322 56 56, Fax 031/322 56 00.